

Deutscher Werkbund e.V.

Wie vorgeschlagen und in der Mitgliederversammlung des DWB e.V. am 19.03.2016 in Frankfurt/M. angekündigt lädt der Vorstand Verbandsvorstände und Werkbund-Mitglieder zur Werkbund-Klausur „Struktur-Reform“ ein.

In einer Vorstandssitzung am 29.04.2016 in München hat der Vorstand, im Hinblick auf die angekündigte Klausurtagung, die Diskussion über einer Struktur-Reform des Deutschen Werkbunds e.V. (im Folgenden „EV“) vorbereitet und Möglichkeiten einer Änderung der bestehenden Struktur ausgelotet. Die nachstehenden Gedanken wurden formuliert:

Zur Vorbereitung/Zielsetzung der Klausur:

- Zunächst sollte von den Werkbünden das Aufgabenspektrum des EV und damit auch des Bundesvorstandes definiert werden. Auf der Basis der von allen Mitgliedern getragenen Aufgabenstellungen sollten dann bestehende Strukturdefizite lokalisiert und behoben werden. Bei einer weiteren Klausur könnte versucht werden, das Selbstverständnis und die Aufgaben des Werkbundes einheitlich zu definieren. Derartige Überlegungen wären auch Grundlage für die Ausrichtung der Vorstandsarbeit.
 - Eine Zielsetzung könnte die Beibehaltung einer strikten Autonomie der Landesverbände (im Folgenden „WBs“) darstellen. Der Vorstand wäre dann eher organisatorisch notwendig. Arbeit bestünde im Markenrecht, bei juristischen Beratungen und für Auslandskontakte. Hierzu wäre ein Vorstand nicht zwingend notwendig, für die Außenwahrnehmung aber sinnvoll, und das praktizierte Rotationsmodell könnte weiter angewendet werden.
 - Denkbar wäre eine stärkere Zusammenarbeit, Information und Zusammenführung der Aktivitäten der WBs. Hierzu bedarf es aber auch nicht zwingend eines Vorstands. Alle WBs informieren sowieso über ihre Aktivitäten, und eine stärkere Zusammenarbeit hängt vom persönlichen Engagement der einzelnen Mitglieder ab.
 - Die Intensivierung der Zusammenarbeit der WBs könnte auch die Arbeit eines Vorstands sein. Er könnte die inhaltlichen Debatten vorbereiten und moderieren. Die lokalen Aktivitäten lägen weiterhin bei den Landesverbänden. Darüber hinaus interessante Themen wie z.B. Mobilität, Deindustrialisierung, Wohnen usw. könnte übergeordnet koordiniert und dadurch eventuell effektiver gestaltet werden. Hierzu könnte ein gewählter Vorstand sinnvoll sein.
- Der Wahlmodus müsste diskutiert werden, auch die Anzahl zwischen 3-5 Mitgliedern und die Amtszeit. Zur Optimierung müsste eine Amtszeit von mindestens 3 Jahren angestrebt werden. Der Vorstand würde aus sich heraus den Vorsitzenden wählen oder dieser könnte auch von allen Mitgliedern gewählt werden. Das kann natürlich angesichts extrem unterschiedlicher Werkbünde zu Konflikten führen. In diesem Zusammenhang könnte auch über eine Straffung und Neuorientierung der Anzahl der Werkbünde nachgedacht werden.
- Das Rotationsprinzip des Werkbundtages sollte beibehalten werden. Über Bezeichnung, Inhalt und Aufmachung kann jeweils differenziert gedacht werden. Die WBs würden dann die Organisation verantworten und den zentralen Inhalt mit dem Vorstand abstimmen.

- Bei einer stärkeren inhaltlichen Ausrichtung des Vereins müsste auch die Frage der Finanzierung erörtert werden. Die derzeitige Verabredung ist für die organisatorische Ausrichtung des Vorstands ausreichend. Die Kosten sind überschaubar. Bei einer stärkeren Arbeitsbelastung müsste über eine bessere Ausstattung nachgedacht werden. Dieses birgt natürlich Konfliktpotential mit den WBs. Andererseits könnte eine stärkere Präsenz und Bedeutung erzielt werden und dadurch ließen sich gegebenenfalls auch zentrale Stellen wie Ministerien in das Finanzierungskonzept einbeziehen. Auch die Frage der Unternehmenspartnerschaften sollte diskutiert werden. Überregionale Unternehmen sollten beim EV angesiedelt werden (Verteilung der Mittel dann über einen Schlüssel), regionale Unternehmen bei den WBs.

Stefan von den Driesch

Helge Hußmann

Mark Linnemann